

Gott mehr gehorchen als den Menschen - Die Bürger und ihr Staat

Die Themenbereiche des Kirchentags 1985 in Düsseldorf (3)

"Die Bürger und ihr Staat" - die Formulierung scheint eher freundliches Wir-Gefühl vorauszusetzen: Der Staat sind wir. Aber: Empfinden die Deutschen so, wenn sie das Wort "Staat" hören? Außerdem: Im Titel des Themenbereiches 3 des Düsseldorfer Kirchentags ist dieser Aussage eine uralte, urchristliche Verhaltensregel für den Fall des ernstesten Konflikts vorausgestellt. "Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" - mit diesen Worten traten nach Apg 5,29 Petrus und die Apostel dem Versuch der obersten Religionsbehörde entgegen, die freie Predigt des Evangeliums zu unterbinden. Seither ist dieser Satz immer wieder laut geworden, wenn es galt, dem Gehorsam gegenüber sonst rechtmäßigen kirchlichen und weltlichen Autoritäten Grenzen zu setzen. Aber woran erkennt man, ob die Staatsgewalt in den Grenzen rechtmäßiger Machtausübung bleibt? Nur daran, daß sie die Verkündigung des Evangeliums nicht behindert? Und umgekehrt: Wie umfassend ist die Predigt des Evangeliums? Konzentriert sie sich auf den Zuspruch des Seelenheils oder beansprucht sie zugleich unser ganzes Leben, so daß auch politische Entscheidungen und Unterlassungen das christliche Bekenntnis herausfordern können?

Der Protestantismus in Deutschland, einst im Aufstand des Gewissens gegen die Knebelung der Freiheit eines Christenmenschen entstanden, hat zum politischen Protest ein eher distanzierendes Verhältnis eingenommen. Nur engagierte Minderheiten in der evangelischen Kirche haben sich nach 1945 angeschickt, die Lehren des Kirchenkampfes in der politischen Kultur der Bundesrepublik zu verankern. Im Vortrag des ersten Arbeitstages wird der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon aus eigener Erfahrung überlegen, wie es um die politische Gestaltungskraft des Protestantismus bestellt ist.

Staatsbefreundung steht gerade unter politisch wachen Bürgern gegenwärtig nicht hoch im Kurs. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, der besinnungslose Automatismus, mit dem - nach normalem Sprachempfinden: gewaltfrei - protestierende Rüstungsgegner abgeurteilt werden, die Verschärfung des Verteilungskampfes auf dem Rücken von Frauen und Ausländern - mit diesen Stichworten sind exemplarisch Gründe für die zunehmende Entfremdung der Bürger gegenüber ihrem Gemeinwesen genannt, die in Resignation und Ohnmacht führen, wenn nicht in unkontrollierter Wut enden können. Wie man trotzdem selbstbestimmte Wege gehen und welche Erfahrungen mit staatlichen Stellen man dabei machen kann, dies werden Betroffene aus vier Initiativgruppen am Nachmittag mitteilen. Ihren Berichten stellen sich Verantwortliche aus den entsprechenden Behörden und Verwaltungen.

"Gott mehr gehorchen als den Menschen - Die Bürger und ihr Staat" - Kontrovers ist dieses Thema nicht zuletzt deshalb, weil das, was Gottes, und das, was des Kaisers ist, unter den Bedingungen des demokratischen Gemeinwesens jeweils selbst im Streit steht. Die einen behaupten, der Rechtsstaat sei deshalb eine gute Ordnung, weil sein Gewaltmonopol den inneren Frieden vor dem Kampf individueller Gewissensentscheidungen bewahrt. Entscheiden muß die Mehrheit. Minderheiten kann allenfalls das Recht eingeräumt werden, in bestimmten Grenzen nicht mitmachen zu müssen. Die anderen sagen, der demokratische Verfassungsstaat zeichne sich gerade dadurch aus, daß er die Freiheit der Gewissen als seine eigene Grundlage anerkennt. Deshalb gelte es, die Grenzen von Mehrheitsentscheidungen zu beachten und Minderheiten aktive Mitwirkungsrechte einzuräumen.

Am Freitagvormittag wird der Heidelberger Theologieprofessor Heinz Eduard Tödt prüfen, wie Gewissensbildung im Glauben und politische Verantwortung im Rechtsstaat zusammengehen können. Kann auch bei einer demokratisch legitimierten Regierung der Fall eintreten, daß Gehorsam ihr gegenüber nur noch als Ungehorsam gegenüber Gott möglich wäre? Die Podiumsdiskussion mit Wissenschaftlern und Politikern soll am Nachmittag der Frage nachgehen, wie angesichts der Tragweite der heute anstehenden Entscheidungen die Verantwortungsfähigkeit von Politik strukturell erhalten werden kann. Wie müßten Verfahren politischer Willensbildung beschaffen sein, die von den Bürgern als die ihren erlebt werden können? Wie kann die moralische Erträglichkeit politischer Entscheidungsfolgen für Minderheiten institutionell verbessert werden? Kann und sollte der Staat ein Recht auf bürgerlichen Ungehorsam einräumen?

Daß unsere Verfassung unausgeschöpfte Spielräume enthält, daß es so etwas geben kann wie das Eintreten für grundlegende Prinzipien der Verfassung gegen ihre herrschende Auslegung - das könnten Ergebnisse dieser Diskussion sein. Dennoch wäre es kurzschlüssig, wollte man die brüchige Identifikation der Bürger mit ihrem Staat mit der Verfassung heilen. Daß auf deutschem Boden der anderwärts zum staatsbürgerlichen Selbstgefühl gehörige Satz "right or wrong my country" nicht so leicht über die Lippen kommt, hat ersichtlich mit der jüngsten Geschichte der Deutschen zu tun. "Durch uns ist" - mit den Worten der Stuttgarter Schulderklärung des Rates der EKD vom Oktober 1945 gesagt - "unendliches Leid über die Völker und Länder gebracht worden."

Vor der eilfertigen Befriedigung deutschen Identitätsbedarfs wird die volle Aneignung dieses Bekenntnisses und die beharrliche Fortsetzung der Versöhnungsarbeit mit den Nachbarn stehen müssen. Seit der Befreiung von der Hitler-Diktatur sind für die Deutschen Staat und Nation weniger denn je identisch. Und doch sehen sich die beiden deutschen Staaten an der Nahtstelle der großen Bündnissysteme mit der Frage konfrontiert, wie sie ihre besondere Verantwortung für eine po-

litische Friedensordnung wahrnehmen können. Mit dieser - wie die Diskussion im Vorfeld des 8. Mai zeigt - auch 40 Jahre danach schwierigen Thematik, wird sich am Samstag der Vortrag von Bundespräsident Richard von Weizsäcker beschäftigen. Sie soll am Nachmittag weitergeführt werden im Dialog zwischen Deutschen aus Ost und West und im Gespräch mit Nachbarn aus Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich und den Niederlanden.

Die Bibelarbeiten am Morgen eröffnen, die abendlichen Befragungen von Zeitzeugen beschließen die Veranstaltung des Themenbereiches 3. Mit seiner Einrichtung hat sich der Kirchentag ohne Zweifel an ein heißes Eisen gewagt.

(6.391 Zeichen)

Hans-Richard Reuter

(Drei weitere Beiträge folgen)